

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte  
Bürgermeister

---

## Niederschrift

Gremium:	Hauptausschuss
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 10.02.2016
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:15 Uhr
Sitzungsort:	Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine  
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche  
Sitzung

---

Andreas Brohm  
Vorsitzender

---

Ute Hammermeister  
Protokollführer

### Anwesend:

#### Vorsitzender

Herr Andreas Brohm

#### Mitglieder

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Herr Marcus Graubner ab TOP 6

Herr Wolfgang Kinszorra

Herr Michael Nagler

Frau Rita Platte doppelt

Herr Jörg Rudowski Vertreter f. Dr. Dreihaupt

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

#### Protokollführer

Frau Ute Hammermeister

#### Gäste

Herr Peter Jagolski

Herr Torsten Fettback

### Abwesend:

#### Mitglieder

Herr Dr. Frank Dreihaupt

entschuldigt,

## Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 10.02.2016, 19:00 Uhr im Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte.

### Öffentliche Sitzung

**DS-Nr.:**

- |     |   |             |
|-----|---|-------------|
| 1.  | Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit   |             |
| 2.  | Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung   |             |
| 3.  | Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.11.2015  |             |
| 4.  | Bericht des Ausschussvorsitzenden über die Ausführung gefasster Beschlüsse  |             |
| 5.  | Aufhebung Beschluss Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte BV 200/2015 des Stadtrates vom 16.09.2015 | BV 321/2016 |
| 6.  | Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte   | BV 335/2016 |
| 7.  | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016   | BV 325/2015 |
| 8.  | Fortgeltungssatzung - über die Nutzung kommunaler Einrichtungen -   | BV 344/2016 |
| 9.  | Vorstellung und Besprechung zur Erstellung des HKK/ Eckpunkte   |             |
| 10. | Besprechung Prioritätenliste Radwege  |             |
| 11. | Informationen Fähre   |             |
| 12. | Informationen des Ausschussvorsitzenden   |             |
| 13. | Anfragen und Anregungen   |             |

### Nichtöffentliche Sitzung

- |     |   |             |
|-----|---|-------------|
| 14. | Feststellung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils vom 25.11.2015 |             |
| 15. | Vergabe von Bauleistungen   | BV 347/2016 |
| 16. | Personalangelegenheit   | BV 350/2016 |
| 17. | Personalangelegenheit   |             |
| 18. | Informationen des Ausschussvorsitzenden                                   |             |
| 19. | Anfragen und Anregungen   |             |

### Öffentliche Sitzung

- |     |  |  |
|-----|--|--|
| 20. | Wiederherstellung der Öffentlichkeit                               |  |
| 21. | Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse |  |
| 22. | Schließen der Sitzung  |  |

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit**

**Herr Brohm** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung**

Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß.

**Herr Brohm** schlägt vor, den TOP 9 (HKK) gleich hinter dem TOP 7 (HH-Satzung und HH-Plan) zu behandeln. Diesem Vorschlag wird zugestimmt. Die geänderte TO wird festgestellt.

### **TOP 3 Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.11.2015**

**Herr Kinszorra** kritisiert, dass in der Niederschrift seine Ausführungen zur Vergabeordnung (TOP 14/ 25.11.2015) fehlen. Aus seiner Sicht hat er alles logisch dargestellt und er bittet, dass es mit in die Niederschrift aufgenommen wird.

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift gibt es nicht.

**Herr Brohm** sagt, dass man diese Ergänzung zur nächsten Sitzung nachreichen wird.

### **TOP 4 Bericht des Ausschussvorsitzenden über die Ausführung gefasster Beschlüsse**

**Herr Brohm** berichtet über den Stand der Ausführung der gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung.

### **TOP 5 Aufhebung Beschluss Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte BV 200/2015 des Stadtrates vom 16.09.2015 DS-Nr.: BV 321/2016**

**Herr Brohm** erläutert, dass man am 16.09.2015 eine Hauptsatzung für die EG beschlossen hatte. Diese musste von der Kommunalaufsicht des LK genehmigt werden. Es wurde jedoch keine Genehmigung erteilt, da sie in einigen Punkten Rechtsverletzungen darstellte. Die Hauptsatzung wurde jetzt überarbeitet und muss neu beschlossen werden (alternativ wäre eine Änderungssatzung möglich gewesen). Vor Beschlussfassung der neuen Satzung muss der damals gefasste Beschluss aufgehoben werden.

Er stellt die **BV 321/2016**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

*Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses über die Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte BV 200/2015 des Stadtrates vom 16.09.2015.*

**Abstimmungsergebnis: 9 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung**

### **TOP 6 Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte DS-Nr.: BV 335/2016**

**Herr Brohm** ruft den TOP auf und fragt, ob es Anmerkungen gibt.

**Frau Braun** spricht den § 4, Abs. 1, Punkt 2 an. Es geht hier um die Zuständigkeit des SR'es bei der Ernennung, Einstellung und Entlassung der Beamten ab einer bestimmten Entgeltgruppe. Diese haben jetzt andere Bezeichnungen und sie kann hier keine Vergleichbarkeit erkennen. Früher war der SR ab der Entgeltgruppe A 8 zuständig.

**Herr Rudowski** erläutert die Entgeltgruppen und deren Vergleichbarkeit. Er hätte es für die Entscheidungsfindung auch besser gefunden, wenn man hier mit einer Synopse gearbeitet hätte. Er würde anregen, dass man die gängigen Bezeichnungen so einträgt, wie es der SR schon in den Vorbesprechungen festgelegt hat.

**Frau Platte** wirft ein, dass es hier um die Führungskräfte geht.

**Herr Rudowski** sagt, dass man das auch nicht an Personen diskutieren solle, sondern am Stellenplan.

**Herr Brohm** fasst zusammen, dass es hier um eine Transparenz gehe. Der SR möchte ab der Entgeltgruppe 8 (entsprechend der alten Satzung) zuständig sein. Für den SR wird man das aufarbeiten.

**Herr Rudowski** gibt noch den Hinweis zum Umgang mit der Satzung. Im § 21, Abs. 4 sollte man lediglich auf die Startseite der EG (nicht den kompletten Internetlink) verweisen. ansonsten müsste bei jeder Veränderung der physikalischen Position dieser Seite auch eine neue Hauptsatzung beschließen werden.

**Herr Borstell** hat eine Frage zum Standort des Schaukastens Tangerhütte (§21, Abs. 3). Heißt es Europaplatz oder Rathausplatz? Im SR wurde einmal ein Beschluss gefasst, dass der Platz Rathausplatz heißt. Es gab zwar den Vorschlag Europaplatz, dieser wurde jedoch nie weiter verfolgt. Weiterhin fragt er, ob es dort auch eine Hausnummer gibt?

**Herr Nagler** spricht den § 14 – Einwohnerfragestunde – an. Laut Vorschlag der Kommunalaufsicht sollen sich die Einwohner, die etwas sagen wollen, mit der Anschrift melden. Er denkt, dass es ausreicht, wenn sie Namen und Ortschaft sagen.

Weiterhin sagt er, dass man die Satzung generell etwas besser in Form bringen muss (Zeilenabstand, Seitenumbruch/ z.B.§ 21 vor Abs.4 die eine Zeile auf der neuen Seite).

**Frau Braun** stellt fest, dass man den § 6 Abs.8 entsprechend § 4 ändern muss.

Weiterhin kann sie die Streichung von § 12 nicht verstehen. Wenn man Beschlüsse bekannt macht, müssen nach ihrer Meinung Unterschrift und Siegel drauf sein, ansonsten ist er nicht gültig.

**Herr Brohm** klärt das.

**Herr Borstell** wirft ein, dass die Reihenfolge der §§ und das Datum angepasst werden müssen.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht.

**Herr Brohm** sagt, dass man die Änderungen zum SR einarbeiten wird.

Er stellt die **BV 335/2016** mit den **Änderungen** zur Abstimmung:

*Der Stadtrat beschließt die Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte*

**Abstimmungsergebnis: 9 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung**

#### **TOP 7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 DS-Nr.: BV 325/2015**

**Herr Brohm** ruft den TOP – Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 – auf. Er erläutert, dass er im Dezember den HH eingebracht hat und dass es jetzt darum geht, ihn beschlussfähig zu machen. Das ist er im Moment nicht, weil er im negativen Bereich ist. Zum 31.12.2015 Betrag der Fehlbetrag 400.000 €. Das hat sich noch verändert, weil die Zuweisungen zum Nachtragshaushalt in Höhe von 200.000 € hälftig für das Jahr 2015 und 2016 war. Das heißt, dass man in 2015 einen Überschuss erwirtschaftet hat. Für 2016 fehlen aktuell eine halbe Mio. €.

Heute könnte man über die Investitionen reden, da sich diese nicht verändern. Alles andere macht erst Sinn, wenn man über das Haushaltskonsolidierungskonzept (HKK) spricht. In der Kämmerei sind seit längerer Zeit 2 Kolleginnen erkrankt, deren Arbeit man so nicht auffangen kann. Deshalb kann man jetzt noch nichts vorlegen (das ist keine Entschuldigung, sondern nur eine Feststellung). Es war der Wunsch innerhalb der HH-aufstellung, das in einem Gremium zu tun. Er schlägt vor, dass man einen Arbeitskreis aus den Mitgliedern des Hauptausschusses bildet und sich am 2. + 16.3 2016 zusammensetzt und dann im nächsten HA am 30.03.2016 wieder darüber spricht. Eine andere Variante wäre, dass man den aktuellen HH in den Fraktionen bespricht. Dazu braucht er den Hinweis der Ausschussmitglieder, wie man hier vorgehen will. Zum SR wird er die Denkweise zum HKK vorstellen. Die Fortschreibung geht jetzt bis zum Jahr 2024 und nicht wie bisher 2019. Da ergeben sich Veränderungen und man prüft Möglichkeiten zusätzlicher Einnahmen.

**Herr Graubner** lädt den BM zur HH-Vorbesprechung in seine Fraktion ein. Der Termin muss noch festgelegt werden.

Auch die anderen Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, dass man das in den Fraktionen bespricht. Die kleineren Fraktionen werden, wie im Vorjahr, das Thema zusammen besprechen.

**Herr Nagler** hat ein generelles Problem. Zum HH gehören auch der Stellenplan und das HKK. Das fehlt und er ist auch nicht damit einverstanden und aus zeitlichen Gründen auch nicht in der Lage, dass er hier noch irgendwelche Vorschläge erarbeitet. Das ist Sache der Verwaltung. Auf dieser Grundlage diskutiert man dann im SR. Zum jetzigen Zeitpunkt hält er eine Diskussion für wenig sinnvoll und zielführend.

**Herr Brohm** antwortet, dass man hier nicht ideenlos sitzt. Er hat zwar nichts in Papierform. Im Gespräch könnte er aber Ideen erläutern. Er braucht auch nicht die Ideen der SR'e, sondern die Meinung zu den Ideen. Er braucht den Dialog dazu und möchte wissen, was die geeignete Form ist. Am 02.03. kann er die Liste übergeben, die man zur Diskussion benötigt.

**Herr Nagler und Frau Braun** werfen ein, dass sie für eine ordentliche Diskussion Zahlen (in schriftlicher Form) benötigen.

**Frau Platte** stellt fest, dass es nur so funktionieren kann, dass man in den Fraktionen in Klausur über den HH und das HKK diskutiert und die Bedenken darlegt. Sie hat jetzt schon ganz viele, aber die sagt sie erst in der Klausurtagung. Danach könnte man im HA darüber reden.

**Herr Brohm** fragt, ob es sinnvoller ist erst in die Fraktionen zu gehen und dann in den HA oder umgekehrt.

**Frau Platte** meint zunächst in die Fraktionen. Aber es bringt nur etwas, wenn auch das HKK vorliegt.

**Frau Braun** unterstützt dies. Sie möchte aber noch wissen, ob der BM schon sagen kann, wie lange der Krankenstand in der Kämmerei noch andauert und ob das noch vertretbar ist. Vielleicht sollte man einmal über Amtshilfe nachdenken.

**Herr Brohm** sagt hierzu, dass man dies im nichtöffentlichen Teil besprechen sollte.

**Herr Graubner** unterstützt den Vorschlag von Frau Braun. Auch wenn es im nichtöffentl. Teil besprochen werden soll, möchte er jetzt sagen, dass es immer wieder krankheitsbedingte Ausfälle gab, dass es hier einen Notstand gibt und man dringend eine Lösung braucht und handeln muss.

**Herr Brohm** fasst zusammen, dass gewünscht wird, dass ein HKK vorliegt, dann soll in den Fraktionen gesprochen werden und danach im HA. Terminlich kann er das Ende März vorlegen und im April fortsetzen.

**Herr Borstell** fragt nach der Form des HKK.

**Herr Brohm** erläutert seine Vorstellungen. (8 Jahre, Unterpunkte, so dass man die Entwicklung auf einen Blick sieht)

**Frau Platte** möchte wissen, ob das alte HKK fortgeschrieben wird.

**Herr Brohm** antwortet, dass es nicht fortgeschrieben wird. Dadurch, dass man 2 Jahre einen ausgeglichenen Plan hatte, muss man ein neues Konzept aufstellen.

Die **Beschlussfassung** wird **vertagt**.

## **TOP 8 Vorstellung und Besprechung zur Erstellung des HKK/ Eckpunkte**

Dieser TOP wurde bereits im TOP 7 mit besprochen.

## **TOP 9 Fortgeltungssatzung - über die Nutzung kommunaler Einrichtungen - DS-Nr.: BV 344/2016**

**Herr Brohm** ruft den TOP auf und erläutert die Notwendigkeit dieser Satzung.

**Frau Platte** möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob 2016 die Einzelsatzungen der Ortschaften von der Höhe und Art und Weise angepasst werden, da die Unterschiede in den Ortschaften außerordentlich hoch sind.

**Herr Brohm** antwortet, dass es das große Ziel sei, zu kalkulieren und eine entsprechende Entgeltsetzung vorzulegen.

**Herr Rudowski** stellt fest, dass bis zum 31.12.2016 eine Satzung vorgelegt werden muss. Er schlägt eine Artikelsatzung (ähnlich Friedhofsatzung) vor. Eine Vergleichbarkeit der Objekte (Preise, Ausstattung) ist seiner Meinung nach schwierig.

**Frau Platte** stimmt Herrn Rudowski zu. Man wird es nicht schaffen hier 2, 3 Beträge festzulegen. Dazu sind die Örtlichkeiten und die Ausstattungen einfach zu unterschiedlich. Eine Artikelsatzung wäre in diesem Fall angebracht, aber die bestehenden Einzelsatzungen müssten überprüft werden, ob sie in der Höhe noch angemessen sind, da es hier deutliche Unterschiede gibt.

Auch **Frau Braun** ist für die Fortgeltungssatzung als Zwischenlösung und dann für eine Artikelsatzung. Eine Vergleichbarkeit wird man nicht hinbekommen. Es gibt zu viele historisch gewachsenen Dinge (Ausstattung, Betriebskosten usw.).

**Herr Rudowski** wirft noch ein, dass beim Erstellen der endgültigen Satzung Vorbesprechungen mit den Ortsbürgermeistern wichtig sind, denn nur diese kennen die örtlichen Gegebenheiten genau.

**Herr Wegner** findet, dass es für die Zukunft wichtig ist, eine gewisse Vergleichbarkeit herzustellen. Zurzeit ist es ja so, dass kleinere Örtlichkeiten in einigen Ortschaften relativ teuer sind, in anderen Ortschaften gibt es große Räume, die sehr gut ausgestattet sind, relativ preiswert. Eine Überprüfung der einzelnen Satzungen ist sehr wichtig, auch um sie rechtssicher zu machen. Eine solche Satzung in diesem Jahr zu erarbeiten, ist sehr anspruchsvoll.

**Herr Brohm** fasst nochmals zusammen. Es ist ein komplexes Gebilde. Er möchte keine Vergleichbarkeit herstellen. Das große Ziel ist, dass man die Kosten von jedem Gebäude kennt und man eine Transparenz der Kosten herstellt. Es geht nicht darum, dass eine Gebäude gegen das andere auszuspielen. Für 2016 soll die Fortgeltungssatzung beschlossen werden.

Er stellt die **BV 344/2016**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

*Der Stadtrat beschließt die beiliegende Fortgeltungssatzung mit einer Gültigkeit bis zum 31.12.2016.*

**Abstimmungsergebnis: 8 x Ja; 0 x Nein; 2 x Enthaltung**

#### **TOP 10 Besprechung Prioritätenliste Radwege**

**Herr Brohm** ruft den TOP auf und erläutert, dass man jetzt eine Prioritätenliste zum Radwegekonzept aus der Diskussion der letzten Sitzungsfolge erstellt hat. Diese stellt jedoch keine Wertung dar, sondern man hat nur die Wege, die man als wichtig erachtet, erfasst. Es können noch zusätzliche Wege erfasst werden. Diese Liste wurde bereits im BA behandelt. Dort hat man den Weg von Uchtdorf nach Burgstall mit in die Liste aufgenommen. Er bittet diesen nachzutragen. Er fragt, ob es weitere Vorschläge gibt.

**Herr Rudowski** sagt, dass es bereits ab dem Jahr 2002 aus dem OR Uetz Bemühungen zu einem straßenbegleitenden Radweg Bertingen – Cobbel gab (Info liegt Verwaltung vor). Dieser sollte zu mindestens mit in die Prioritätenliste aufgenommen werden.

**Frau Platte** fragt nach der Pflege und Instandhaltung der bereits vorhandenen Radwege.

**Herr Brohm** antwortet, dass das jetzt nur die Aufzählung eventuell zu bauender Radwege ist. Als Nächstes muss man darüber nachdenken, welche Wege man in den nächsten 5 Jahren noch einmal anfassen muss, weil dort Mängel aufgetreten sind.

**Frau Braun** hat schon mehrfach auf die Instandsetzung/ Pflege vorhandener Wege hingewiesen (Bsp. Weg zwischen Lüderitz und Schleuß nicht ordentlich gemacht).

**Herr Wegener** bittet darum, dass man Doppelstrukturen vermeidet. Es gibt bereits einen straßenbegleitenden Weg Uchtdorf - Mahlpfuhl – Tangerhütte. Dann muss man nicht noch einen durch die Feldmark bauen.

**Herr Brohm** antwortet, dass man das bei der Beschlussfassung berücksichtigen wird.

#### **TOP 11 Informationen Fähre**

**Herr Brohm** informiert über die Fähre. In der letzten Woche fand ein Treffen mit dem Minister für Verkehr in Parey statt. Herr Radke war dabei. Frau Platte hat die EG vertreten.

Gestern war er mit Frau Platte zu einem Gespräch bei Frau Golz (Bürgermeisterin der Gemeinde Elbe-Parey) um noch einmal konkret die Fährsituation zu besprechen.

**Frau Platte** erläutert, dass die Gemeinde Elbe-Parey (noch mit Frau Mannewitz als Bürgermeisterin) im vorigen Jahr einmal den Antrag an die EG Stadt Tangerhütte gestellt hatte, sich an dem Defizit der Fähre zu beteiligen. Dann hatte Herr Radke als Landtagsabgeordneter eingeladen als die damalige Bürgermeisterin noch da war, um sich möglicherweise mit seinem Landtagskollegen dafür einzusetzen, dass das Land Geld gibt. Jetzt gab es nochmals eine Einladung von Herrn Radke mit dem Verkehrsminister.

Alle Anwesenden haben sich dazu bekannt, dass es eine wichtige infrastrukturelle Einrichtung ist. Der Verkehrsminister habe aber wenig Hoffnung auf Landeszuschüsse gemacht. Lediglich 50 % der Kosten für eine technische Überprüfung mit Landlegung könne das Land übernehmen. Das hat Frau Golz bei dem gestrigen Gespräch auch noch einmal bestätigt.

**Herr Brohm** ergänzt. Ihm geht es auch darum, dass sich alle darüber bewusst sind, dass es eine infrastrukturelle Einrichtung, auch für die EG, ist. Es gibt Pendler, die die Fähre täglich nutzen und es ist ebenfalls eine touristische Verbindung. In erster Frage geht es für und ums Geld und hier muss man immer wieder überlegen, wie das geklärt werden soll. Wichtig ist hierbei, dass die EG auch mitentscheiden kann. Zunächst geht es um eine bessere Kommunikation, wenn die Fähre nicht fährt, um eine Verlässlichkeit für die Bürger herzustellen. Dazu wurde durch Frau Golz schon eine WhatsApp-Gruppe initiiert.

Er schlägt vor, dass sich beide Hauptausschüsse einmal treffen, über die Fähre/ Kostenstrukturen reden und überlegt, wie man das Problem gemeinsam lösen kann.

**Herr Kinszorra** möchte wissen, wie es sein kann, dass ein Ortsbürgermeister den BM der EG vertreten kann (nicht gegen Frau Platte persönlich).

**Herr Brohm** antwortet, weil der BM die Ortsbürgermeisterin darum gebeten hat.

**Frau Platte** ergänzt, dass das keine offizielle Geschichte war. Es war eine Wahlkampfveranstaltung.

**Herr Kinszorra** führt weiter aus, dass es einen SR-Beschluss gibt, wo nein zur Unterstützung der Fähre gesagt wurde. Die Ortschaft Grieben hatte dann vor einigen Jahren Geld für eine Notreparatur zur Verfügung gestellt.

**Frau Platte** stellt richtig, dass es seinerzeit die Gemeinde Grieben war.

**Herr Kinszorra** sagt, dass in den Medien immer wieder dargestellt wird, dass Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist. Wie kann es dann sein, dass die gebeutelten Kommunen sich Gedanken machen müssen über die Finanzierung einer wichtigen, mittelwichtigen, unwichtigen Fährverbindung. In anderen Ländern ist hierfür das Land, das Bundesland zuständig. Hier wird alles auf die Kommunen abgewälzt. Er persönlich ist total dagegen, dass man auch nur 1 Cent dafür ausgibt. Die gewählten Landtagsabgeordneten sind hier in der Pflicht und müssen die gesetzliche Finanzierung ändern. Der Verkehrsminister soll sich Gedanken darüber machen, wie er die Fährverbindung weiter finanzieren kann.

**Frau Platte** stellt fest, dass das genau die Position ist, die sie dort auch vertreten hat. Sie hat die Fähre seinerzeit maßgeblich mit initiiert. Das ist keine Fährverbindung für Grieben, sondern für die gesamte Region. Dem haben auch alle Anwesenden zugestimmt und gesagt, dass die Fährverbindung, wie alle anderen Fährverbindungen, landesbedeutsam ist, aber dass man kein Geld hat. Sie hat schon 1992 im Wirtschaftsministerium gesagt, dass es sich bei einer Fähre um eine mobile Verbindung zweier Straßen handelt. Bei unserer Fähre ist auf unserer Seite eine Kreisstraße und auf der anderen Seite eine Landesstraße. Eigentlich müsste sich das Land somit auch beteiligen. Das wurde jetzt auch noch einmal gesagt. Sie kann jetzt nur darum bitten, nicht einfach zu sagen, das wollen wir nicht, wir haben kein Geld.

**Herr Brohm** fasst zusammen und sagt, dass die Fähre eine wichtige Verbindung ist. Aber wir haben auch kein Geld. Das Land sollte in die Pflicht genommen werden.

**Herr Graubner** stimmt dem zu. Es sollte geprüft werden, inwieweit sich das Land beteiligen kann.

Wenn er es in der Zeitung richtig gelesen hat, sagt **Herr Borstell**, war doch das Defizit gar nicht so dramatisch hoch.

**Frau Platte** antwortet, dass sich das Defizit jedes Jahr (abhängig von der Situation – Hochwasser, Niedrigwasser, Eisgang) ändert. Es wurde auch von Parey schon allerhand gemacht (Personal usw.). Es geht auch nicht darum, dass man eine bestimmte Summe in unseren HH einstellt, sondern es geht vom Grundsatz her um eine positive Positionierung zur Fähre als wichtige Verkehrsanbindung.

## TOP 12 Informationen des Ausschussvorsitzenden

**Der Ausschussvorsitzende** informiert über:

- Vorstellung Semesterarbeiten zum Kulturhaus durch die Studenten – 12.02.2016 16:00 Uhr
- Leader Management – Prioritätenliste wird abgearbeitet, ab September Aufruf für nächste Jahr, vorher Diskussion (Frau Braun – Antrag Mai 2015 für Jugendclub Lüderitz gestellt, bisher in keiner Beratungsfolge)
- Bundesmodellvorhaben LandAufschwung
- Breitband – 3. Cluster, nur Teile der EG, Ende Februar Bürgerdialog Bellingen, Windberge und Lüderitz
- Brachflächenmanagement
- Veräußerung kommunaler Grundstücke ab März (Liste im SR 16.12.2015 vorgestellt)
- Stark III für Kita Grieben beantragen
- Stark V für Grundschule Grieben
- weitere Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt
- Elberadeltag – 01.05.2016
- Tag der Industriekultur – 17.04.2016

## TOP 13 Anfragen und Anregungen

**Frau Braun** hat eine Frage zur Vorbereitung der Landtagswahl. Sie hat von Frau Gebert ein Schreiben bekommen, dass sie einen Wahlvorstand organisieren soll. Sie hat keine ordentliche Übergabe erhalten und weiß auch nicht, wer in den letzten Jahren im Wahlvorstand war. Sie ist auch der Auffassung, dass das Sache der Verwaltung ist. Ihre Aufgabe ist es die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, dass eine Wahlurne Vorort ist. Alles andere kann sie nicht leisten und hat auch keine Sekretärin.

**Herr Brohm** antwortet, dass schon eine Lösung erfolgt ist.

**Frau Braun** wirft ein, dass sie noch keine Antwort erhalten hat. Sie möchte wissen, wer, wann, wie und wie lange die Räume der Ortschaft nutzt.

**Herr Brohm** wird dafür sorgen, dass Frau Braun eine Antwort erhält.

Als Nächstes hat sie folgendes Problem. Wenn Bürger sich an sie wegen Bauland u.Ä. wenden und sie diese dann an das Liegenschaftsamt der EG verweist, kommt oft die Rückinformation, dass niemand weiß, ob es Bauland ist oder im Flächennutzungsplan steht. Die Verwaltung ist Dienstleister und sie findet es nicht in Ordnung, dass die Bürger an das Bauordnungsamt des LK verwiesen werden. Es geht um Bürgerfreundlichkeit. Sie bittet Herrn Brohm, dass in der Verwaltung durchzustellen.

**Herr Kinszorra** möchte wissen, wann der Mitarbeiter Brachflächenmanagement in die EG kommt. Das hat auch etwas mit unserem Grundstückskataster,- register, welches wir einführen wollten, zu tun. Seinerzeit wurde ihm gesagt, dass man keine privaten Grundstücke anbieten kann, sondern nur städtische. Jetzt scheint es doch so, als wenn man auch private (lt. Volksstimmberichter) mit aufnehmen kann. Ihm erscheint es sehr wichtig, dass man dieses Register aktiviert, damit man Antworten geben kann, wenn Bürger fragen, wo man bauen bzw. kaufen kann.

**Herr Brohm** antwortet, dass alle Gebäude schon bewertet sind. Das hatte er bereits beim letzten Mal ausgeführt. Der Mann vom Brachflächenmanagement hat Leerstände und Brachflächen (Privat- oder Gemeindeeigentum) in 3 Kommunen (Tangerhütte, Seehausen und Kalbe) zu erfassen und aufzulisten, das benötigt Zeit.

**Herr Kinszorra** sagt, dass der BM gesagt hat, die Liste der zu veräußernden Grundstücke der EG ist vorhanden und man will in die Vermarktung gehen. Er regt an, dass diese Bewertung, die von Fachleuten in der Verwaltung durchgeführt wurde, von einem Sachverständigen (er arbeitet mit einigen zusammen und kann sie nur empfehlen) angeguckt wird. Er erinnert an das Debakel mit der alten FW Tangerhütte.

**Herr Graubner** spricht eine Äußerung des BM's im Zusammenhang mit dem Kulturhaus an. Er hat gesagt, dass die Stadt das Kulturhaus nicht betreiben wird. Darüber wurde bisher keinerlei Beschluss gefasst und die Arbeitsgruppe hat auch nicht getagt. Diese Äußerung war nicht abgespro-

chen (soll kein Maulkorb sein) und er verbreitet in der Bevölkerung mit solchen Äußerungen nur Unruhe.

**Herr Brohm** antwortet, dass dieser Satz nur konsequent zu Ende gedacht war. Das hatte er als Konzept (Vermietung an einen Betreiber) auch so vorgestellt.

Er erläutert noch eine andere Herangehensweise. Man hat sich schon mit dem Landesverwaltungsamt zusammengesetzt, weil im letzten Jahr der Antrag aus „Kleinere Städte und Gemeinden“ gestellt wurde. Er wartet jetzt da noch auf eine schriftliche Stellungnahme. Wenn er diese hat, wird man sich treffen und das Thema vertiefen.

**Herr Nagler** findet es nicht in Ordnung, wie mit seiner Anfrage zum Bauhof umgegangen wird. Die ist mittlerweile schon fast 3,5 Monate alt. Er hatte konkrete Fragen, die auch größtenteils in einer Frist von 4 Wochen hätten beantwortet werden können. Bisher hat er keine Antworten, Informationen oder Zwischenbescheide bekommen und das ist kein Umgang, den er tolerieren kann. Gestern Nacht hat er dazu eine Mail von Herrn Brohm bekommen. Dieser hatte bestimmt ein schlechtes Gewissen, weil er seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.

**Herr Brohm** sagt hierzu, dass er in seiner Mail zugesichert hat, bis zum 24.02.2016 auf seine Anfragen zu antworten.

**Frau Braun** empfiehlt in diesem Zusammenhang, dass der BM auch die Protokolle der OR-Sitzungen im Auge behält und die Abarbeitung kontrolliert. Dort stehen oft Aufgaben (z.B. Straßenschilder umgedreht, Fehlen von Hausnummern usw.) für die Verwaltung drin. Das sind z.T. Kleinigkeiten, die man sofort umsetzen kann und muss. Es ärgert sie, dass sie immer wieder kontrollieren muss, ob diese Aufgaben auch erledigt wurden.

**Herr Brohm** nimmt dies zur Kenntnis. Solche Aufgaben über OR-Protokolle zu übertragen ist relativ schlecht. Wenn etwas Dringendes anliegt, was möglichst schnell abgearbeitet werden soll/ muss, ist es einfacher, direkt eine Mail an ihn zu schicken.

**Herr Rudowski** schlägt vor, dass jemand vom Sitzungsdienst oder der Hauptamtsleiter eine Aufgabenliste erarbeiten sollte. Der BM muss nicht alle Protokolle lesen, wichtig ist eine solche Aufgabenliste mit Terminen zur Abarbeitung. Der BM sollte auch nicht alle Mails bekommen, dafür sind die jeweils zuständigen Amtsleiter die Ansprechpartner.

Weitere Anfragen, Anregungen gibt es nicht.

**Herr Brohm** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:26 Uhr.

fertiggestellt 25.02.2016